

Höhere Steuern für die AHV – und die IV?

Bundesrätin Baume-Schneider plant eine Zusatzfinanzierung für die Invalidenversicherung, gerät aber im Ständerat unter Druck

FABIAN SCHÄFER

Plötzlich taucht ein Problem wieder auf, das längst gelöst sein müsste. Die Invalidenversicherung, neben der AHV das zweite grosse Sozialwerk des Bundes, droht auszubluten. Gemäss den amtlichen Zahlen dürfte sie 2025 ein Defizit von 230 Millionen Franken machen. In den kommenden Jahren folgen weitere Fehlbeträge, falls die Politik nichts unternimmt.

Doch so rasch geht das nicht. Gegen Ende 2026 will die Sozialministerin Elisabeth Baume-Schneider eine IV-Reform in die Vernehmlassung schicken. Bis das Parlament darüber entscheidet, verliert die Politik weitere Zeit – und die IV Geld. Sorgenvoll war denn auch die Tonlage, als der Ständerat am Donnerstag über dieses Thema diskutierte, das lange als erledigt galt.

Berset gab Entwarnung

Nur sechs Jahre ist es her, da rief der damalige Sozialminister Alain Berset im Parlament dazu auf, sich zu entspannen: Die finanziellen Effekte der früheren IV-Reformen seien sehr stark ausgefallen, es brauche keine weiteren Massnahmen mehr. Gemäss allen vorliegenden Zahlen sei davon auszugehen, dass die IV ihre Schulden bis 2031 abbauen könne, sagte Berset.

Seit damals hat die IV keinen Franken mehr zurückbezahlt. Ihre Schuld beim AHV-Fonds beträgt weiterhin 10,3 Milliarden Franken. Aber das ist nicht das einzige Problem: Wie die jüngsten Zahlen des Bundes zeigen, muss die IV nun

auch noch ihre Reserven abbauen. Sie lagen bereits 2024 unter dem gesetzlichen Minimum (50 Prozent einer Jahresausgabe), und sie nehmen weiter ab.

Geplant war das anders. Ab dem Jahr 2000 häufte die IV in kurzer Zeit einen Schuldenberg an, der 2010 den Höchststand von 15 Milliarden Franken erreichte. Die Politik beschloss Reformen, um die Defizite zu verringern. Zusätzlich brachte sie 2009 eine Vorlage an die Urne, die eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV vorsah.

5 Milliarden «Startkapital»

Weil höhere Steuern für die IV nicht populär sind, machten Bundesrat und Parlament im Vorfeld eine klare Ansage: Im Abstimmungsbüchlein erklärten sie, sie hätten «einen dreiteiligen Sanierungsplan in Gang gesetzt, um die Rechnung der IV auf Dauer ins Lot zu bringen». Nach diesen Angaben sollte auf die Zusatzfinanzierung unmittelbar eine weitere Reform mit «sozialverträglichen Sparmassnahmen» folgen. Das Volk liess sich überzeugen, hiess die Steuererhöhung gut – aber die Sparmassnahmen kamen nie.

Die Mehrheit in Bern hat es sich wenig später anders überlegt. Solange die zusätzlichen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer flossen, sah es finanziell tatsächlich gut aus. Die IV konnte ihre Schuld bei der AHV um 5 Milliarden Franken reduzieren. Zudem war die Zahl der Neurenten markant gesunken, was die IV stark entlastete.

Trotzdem blieb die dauerhafte Sanierung ein leeres Versprechen.

Einen Wendepunkt stellt im Rückblick das Jahr 2017 dar, in dem die befristete Steuererhöhung endete. Ab diesem Zeitpunkt konnte die IV ihre Schulden nicht mehr reduzieren. Obendrein musste sie anfangen, das «Startkapital» von 5 Milliarden Franken, das sie 2011 aus dem AHV-Fonds erhalten hatte, zu verbrauchen.

Heute stellt sich die grosse Frage, wie es weitergehen soll. Elisabeth Baume-Schneider hat ihren mehrheitlich bürgerlichen Kollegen im Bundesrat im Juni bereits ein Bekenntnis ab-

gerungen: Man will nun doch nicht versuchen, die IV allein über Einsparungen zu sanieren.

Zahl der Neurenten steigt

Baume-Schneider will die Probleme nur zum Teil dort lösen, wo sie entstanden sind: auf der Ausgabenseite. Das Hauptproblem der IV besteht darin, dass die Zahl der Neurenten seit einigen Jahren wieder steigt. Auffällig ist vor allem die Zunahme bei den Jugendlichen mit psychischen Krankheiten. Sie ist mensch-

lich folgenswer, aber auch finanziell, weil diese Renten oft bis zur Pensionierung bezahlt werden müssen. Der Bund sucht Wege, die Betroffenen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

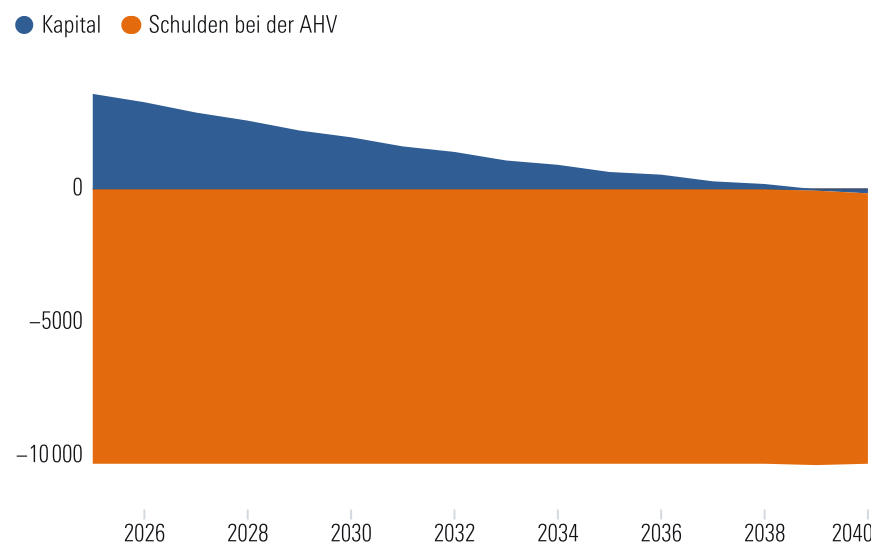
Zur Debatte steht die Idee, Jugendlichen anstelle einer dauerhaften Rente eine temporäre «Integrationsleistung» zuzusprechen. Diese soll mit individueller Unterstützung verbunden sein und auf die Rückkehr ins Erwerbsleben abzielen. Doch nachdem dieser Ansatz medial zur «Rente light» degradiert worden ist, hat sich bereits Widerstand formiert.

Das wird beim zweiten Teil von Baume-Schneiders Plan nicht anders aussehen: Weil sie davon ausgeht, dass sich die IV mit Einsparungen allein nicht sanieren lässt, setzt sie zusätzlich wieder auf höhere Steuern oder Abgaben. Sie hat sich vom Bundesrat den Auftrag geben lassen, «eine Zusatzfinanzierung zu prüfen». Im Zentrum stehen wohl dieselben Geldquellen, bei denen das Parlament auch schon im Hinblick auf die Finanzierungslücken der AHV eine Erhöhung diskutiert: die Mehrwertsteuer und die Lohnbeiträge. Wo Baume-Schneider ansetzen will, ist offen.

Am Donnerstag hat die bürgerliche Mehrheit im Ständerat ein Zeichen des Widerstands gesetzt: Deutlich unterstützte sie einen Vorstoss von FDP-Ständerat Damian Müller, der verlangt, dass die Sanierung der IV «überwiegend» bei den Ausgaben ansetzen soll. Das gehe zu weit, fand der Bundesrat. Baume-Schneider sprach sich klar dagegen aus, wurde aber nur von SP und Grünen unterstützt. Der Vorstoss geht nun in den Nationalrat.

Ohne Reformen verliert die IV ihr Kapital

Schulden des IV-Fonds beim AHV-Fonds und Kapital des IV-Fonds, in Millionen Franken



QUELLE: BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN

NZZ / fab.